

Martin Kayenburg

Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages



An die Vorsitzende
des Europaausschusses
Frau Astrid Höfs, MdL

An den Vorsitzenden
des Wirtschaftsausschusses
Herrn Hans-Jörn Arp, MdL

im Hause

Kiel, 9. August 2005

Sehr geehrte Frau Höfs, sehr geehrter Herr Arp,

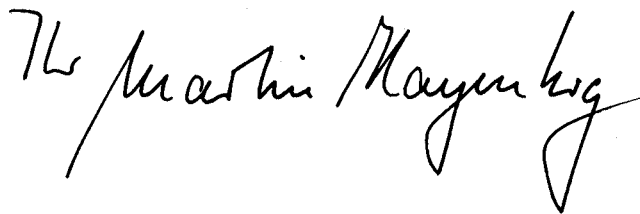
im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturereform in Dänemark habe ich mich am 8. Juli vor Ort in Sønderjyllands Amt, bei der Firma Danfoss A/S und in Gesprächen mit der deutschen Minderheit im Haus Quickborn/Kollund über die anstehenden Veränderungen in Süddänemark informiert. Dabei wurde deutlich, dass die Rückwirkungen der geplanten Reformen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein beträchtlich sein werden und sich auf beiden Seiten der Grenze neue Strukturen für die zukünftige Zusammenarbeit abzeichnen.

Gegenwärtig liegen verschiedene Studien vor, die vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung die Stärken und Schwächen der deutsch-dänischen Grenzregion analysieren und im Hinblick auf die Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschaftsstrategie im Grenzland auszuwerten sind. Die aufgrund der 10-Punkte-Erklärung vom 2. Februar 2005 (siehe Anlage) von dem Flensburger Oberbürgermeister einzuberufende task force wird eine wichtige Rolle in dem Diskussionsprozess einnehmen. Die Landespolitik – ich denke hierbei gleichermaßen an das Parlament und die Regierung – sollte sich möglichst in dieses Gremium in geeigneter Weise einbringen.

Angesichts der grenzüberschreitenden Dimension halte ich es für sinnvoll, dass sich der Europa- und der Wirtschaftsausschuss in einer gemeinsamen Sitzung im Herbst über die vorliegenden Studien informieren und dem Plenum auf der Grundlage des anstehenden Berichtes der Landesregierung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine richtungsweisende Beratungs- und Beschlussempfehlung an die Hand geben.

Weitere Informationen zu meinem Besuch am 8. Juli in der Grenzregion entnehmen Sie bitte dem beigefügten Ergebnisvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Theodor Martin Mayenborg". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial "T".

L 32
2005

Kiel, den 20. Juli

Besuch von Landtagspräsident Martin Kayenburg in Nordschleswig am Freitag, dem 8. Juli 2005

1. Ergebnisvermerk

Handlungsoptionen

- Weiteres Treffen LP mit Carl Holst Anfang 2006, um die Ausrichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu diskutieren (in der Übergangsperiode 2006 sind noch Anpassungen möglich).
- Gemeinsame Sitzung des Europa- und des Wirtschaftsausschusses im Herbst 2005:
Beratung der
 - = Clusteranalyse Sønderjylland / Schleswig (Monitor Studie im Auftrag der BMC Stiftung bzw. Danfoss A/S)
 - = Grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklungsstrategie für die Region Sønderjylland (Syddansk Universität, Institut für Grenzregionenforschung)
 - = Clusterstrategie des ehemaligen MWAV.Den Oberbürgermeister der Stadt Flensburg und Jørgen Mads Clausen zu der Sitzung einladen (task force zur Entwicklung der Region).
- Über den Ausschuss der Regionen versuchen, die Euregio Sønderjylland / Schleswig voranzubringen.
- Den Science Park in Nordborg und das Programm Junior an den Schulen in Schleswig-Holstein bekannt machen → auf dem Bildungsserver www.lernnetz.de einstellen.
- Antwort auf die zukünftige Rolle der Minderheiten im Grenzland finden.

Sønderjyllands Amt

Verwaltungsstrukturreform

Die Gemeinden in Dänemark werden von 271 auf 99 zurückgehen, mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 50 000. Die kleinste Gemeinde wird 30 000 Einwohner aufweisen.

Die bisher 13 Landkreise (Ämter) in Dänemark werden zukünftig zu 5 Regionen zusammengelegt. Eine davon ist Süddänemark mit 1,2 Mio Einwohnern. Dort geht die Anzahl der Gemeinden von 87 auf 19 + 3 (Fanø, Langeland, Aero) zurück.

Die neuen Gemeinden bekommen viele Aufgaben von den ehemaligen Ämtern übertragen.

Aufgaben der Regionen:

Interreg, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Gesundheitswesen, wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nationalstaat + Gemeinden:
Regionalplanung

Probleme laut Carl Holst:

Die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen sei bisher der größte Erfolg in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zukünftig werde diese Zuständigkeit nicht mehr auf der Gemeindeebene vorhanden sein. Die Euregio Sønderjylland / Schleswig könne, sobald die neuen Strukturen in Kraft treten, in den Bereichen Gesundheitswesen, Regionalplanung, Bildung (universitäre Zusammenarbeit) nicht mehr viel tun. Folglich könne die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Gemeindeebene kaum erfolgreich sein. Sie müsse einerseits abgelöst werden durch die Achse Süddänemark / Kiel und damit von oben eingespeist werden, andererseits müsse die nationale Sichtweise stärker in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einfließen, da die Regionalplanung zukünftig in Dänemark auf der nationalen Ebene in Zusammenarbeit mit den Gemeinden erfolge. → nationale Agenda aufstellen!

Anders Fogh Rasmussen und Gerhard Schröder hätten am 19.3.2005 einen 10 Punkte Katalog beschlossen mit dem Ziel, bis Ende des Jahres Grenzpendlerprobleme und dafür geeignete Lösungsansätze aufzuzeigen.

Mitte September werde ein Workshop stattfinden, um die Strukturen der zukünftigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu klären:

- Zusammenarbeit der Region Süddänemark mit Kiel? (Interreg, ...)
- Zusammenarbeit der Gemeinden auf beiden Seiten der Grenze?
 - = Gesundheitswesen ?
 - = universitäre Zusammenarbeit ?
 - = wirtschaftliche Zusammenarbeit ?

Die Gespräche müssten jetzt geführt werden, bevor die neuen Strukturen festgezogen seien. Die Regionen könnten Kompetenzen auf die Gemeinden übertragen (z.B. Gesundheitswesen, während das Bildungswesen – universitäre Zusammenarbeit wohl eher auf der Achse Süddänemark / Kiel laufen dürfe).

LP:

Die Landesregierung Schleswig-Holstein habe am 28. Juni 2005 Leitlinien zur künftigen kommunalen Struktur beschlossen. Danach sollten auf der Ebene und in Trägerschaft der Kreise und kreisfreien Städte vier bis fünf Dienstleistungszentren gebildet werden, die bisherige Landes- und kreisübergreifende Aufgaben wahrnehmen. Diese Dienstleistungszentren könnten im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Pendant zu den dänischen Gemeinden darstellen.

Die Gemeinden in Schleswig-Holstein sollten zukünftig mindestens 8000 bis 9000 Einwohner betreuen.

Im 1. Quartal 2006 lege der Innenminister ein Konzept für Dienstleistungszentren vor. Bis Ende 2006 hätten die Gemeinden Zeit, freiwillige Lösungen für Zusammenschlüsse zu finden. Spätestens im April 2007 werde es eine gesetzliche Regelung zur Neuordnung der kommunalen Verwaltungsstruktur geben.

Carl Holst:

In Dänemark würden die neuen Strukturen am 1.1.2007 in Kraft treten.

Die Unternehmer beiderseits der Grenze sollten zueinander finden. Auf der deutschen Seite handele es sich bei den Ansprechpartnern eher um Funktionäre. Zunächst müsse ein politischer Rahmen geschaffen werden, in dem sich die Wirtschaft bewege. Es sei nicht die Aufgabe der Wirtschaft, Politik zu machen.

In Sønderjylland denke die Wirtschaft im Globalisierungsmaßstab, in Deutschland gehe es vorrangig um die Ausrichtung auf und Einbindung in europäische Politiken.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit habe nicht in erster Linie mit Minderheitenpolitik zu tun. Es müsse über die zukünftige Rolle der Minderheiten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nachgedacht werden.

Am 14. September wird sich Amtsbürgermeister Carl Holst mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen treffen.

Carl Holst schlägt ein weiteres Treffen mit LP Anfang 2006 vor:

Kommunalwahlen in Dänemark im November 2005

Übergangsperiode 2006

Neue Strukturen 2007 in Kraft.

Besuch bei der Firma Danfoss A/S

Jørgen Mads Clausen:

Danfoss habe in Nordborg einen Science Park eingerichtet, um das Interesse junger Leute zu wecken, Ingenieurwissenschaften zu studieren. Die Schulen aus Schleswig-Holstein seien eingeladen, diesen Park zu besuchen.

Das Programm Junior sei ein Angebot für Lehrer, den Schülern Fähigkeiten und Fertigkeiten für Unternehmensgründungen zu vermitteln. Schulen in Dänemark und Deutschland könnten davon gleichermaßen Gebrauch machen.

Im Auftrag der BMC Stiftung bzw. Danfoss A/S sei eine Clusteranalyse für die Region Sønderjylland (Stärken und Schwächen der Wirtschaftsregion) in Auftrag gegeben worden. Die Beratergruppe Monitor sehe Potentiale für die gesamte Region in den Clustern Tourismus, Ernährungsindustrie und Mechatronik (z.B. Windenergie). Flensburg solle als Oberzentrum der Region entwickelt werden.

Es wäre wünschenswert, die Finanzierung für eine bei Monitor in Auftrag zu gebende Clusteruntersuchung für Schleswig-Holstein aufzubringen. Hamburg solle in die Überlegungen zur Wirtschaftsentwicklung mit einbezogen werden.

Klaus Tscheuschner, Oberbürgermeister von Flensburg, Jørgen Mads Clausen, Danfoss A/S und Dr. Bernd Rohwer, Wirtschaftsminister a.D. aus Schleswig-Holstein haben am 2. Februar 2005 ein Memorandum unterzeichnet, in dem sie Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft und der wirtschaftspolitischen Kooperation in der Region Flensburg/Schleswig/Sønderjylland vereinbarten. Anlass: Abbau von 700 Arbeitskräften bei Danfoss in Flensburg bis Ende 2007.

Jørgen Mads Clausen:

Die Entlassungs-Welle bei Danfoss solle zur Initialzündung für eine Pendler-Offensive werden (Sprachkurse, Praktika in dänischen Betrieben, Info-Veranstaltungen über das dänische Steuer- und Versicherungsrecht → staatliche Finanzierung). Die entlassenen deutschen Arbeitnehmer sollten vorzugsweise in dänischen Danfoss Betrieben eingestellt werden.

Zur Abfederung des Arbeitsplatzabbaus solle auf Einladung von OB Tscheuschner eine deutsch-dänische Task Force weitere Schritte entwickeln.

LP:

OB Tscheuschner sei jetzt in der Pflicht. Der Europa- und der Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages sollten ein Treffen mit dem Oberbürgermeister vereinbaren und Jørgen Mads Clausen dazu einladen.

Besuch im Haus Quickborn, Gespräche mit Vertretern des Bundes Deutscher Nordschleswiger

Hinrich Jürgensen:

Die deutsche Minderheit verfüge über einen Beobachterposten im Wachstumsforum der zukünftigen Region Süddänemark, den er ad personam wahrnehme. Es bestehe die Gefahr, dass der Blick stärker nach Norden als nach Süden ausgerichtet werde. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dürfe aber nicht leiden, eine Einbindung der grenznahen Kommunen sei unerlässlich, ein Unterausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht genug. Die Kompetenz für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit liege beim Staat und den Regionen, nicht bei den Kommunen. Wenn die Finanzmittel zwischen dem Wachstumsforum und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufgeteilt werden müssten, wäre dies eine unerwünschte Konkurrenzsituation. Fünen und die KERN Region würden voraussichtlich auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken. Hieraus könne eine zusätzliche Konkurrenz für die Landgrenze erwachsen.

LP:

Es sollten Möglichkeiten sondiert werden, wie mit Hilfe des Ausschusses der Regionen die Interessen der Euregio Sønderjylland / Schleswig gefördert werden könnten.

Die Nordstaat Diskussion werde sich nicht auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auswirken. Eher könnte das Gegenteil der Fall sein.

Andrea Kunsemüller:

Das Regionskontor versuche, die kommunal, regional und national aufgeteilten Kompetenzen zu bündeln. Die Zusammenarbeit der vier grenznahen Kommunen mit den drei Kreisen müsse bleiben, da in diesem Einzugsbereich die Probleme bürgernah gelöst werden könnten. Bei der künftigen Aufgabenverteilung auf die verschiedenen Verwaltungsebenen werde dem Grundsatz der Subsidiarität verstärkt Bedeutung auch in der Praxis zukommen. Es sei entscheidend, wo zukünftig das Interreg Sekretariat angesiedelt werde.

Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft und der wirtschaftspolitischen Kooperation in der Region Flensburg / Schleswig / Sønderjylland

Klaus Tscheuschner, Oberbürgermeister (Flensburg)

Jørgen Mads Clausen, Danfoss A/S (Nordborg)

Dr. Bernd Rohwer, Wirtschaftsminister (Schleswig-Holstein)

erklären:

1. Der ab 2006 geplante Abbau von Arbeitsplätzen bei Danfoss am Standort Flensburg wird von allen Beteiligten außerordentlich bedauert. Die Unternehmensentscheidung ist jedoch betriebswirtschaftlich nachvollziehbar und zu akzeptieren, wenn der Abbau sozial verträglich gestaltet wird, um die am Standort Flensburg verbleibenden Danfoss-Aktivitäten und damit die Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Das weitere Verfahren wird in enger Abstimmung zwischen Unternehmen und den Sozialpartnern und der Arbeitsagentur Flensburg festgelegt. Das Interesse der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird dabei im Vordergrund stehen. Die Unternehmensleitung von Danfoss sagt zu, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die angekündigte Zahl von 700 freizusetzenden Mitarbeitern möglichst zu unterschreiten.

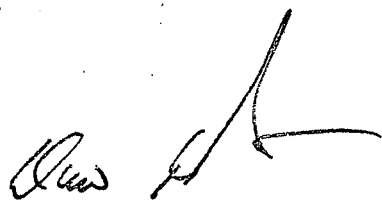
2. Zu den Möglichkeiten, den **Danfoss-Standort Flensburg** zu stärken, gehören insbesondere, die Verlagerung von Produktionen innerhalb des Danfoss-Konzerns nach Flensburg zu prüfen, oder die Entwicklung neuer Produkte und Technologien am Standort Flensburg, um das dort aufgebaute know-how und die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Zukunftsaufgaben zu nutzen.
3. Um die negativen Folgen am Danfoss-Standort Flensburg abzuschwächen, soll Flensburg in seiner Funktion als Kompetenzzentrum des gesamten HC (Household Compressors)-Geschäftsbereiches gestärkt werden. Die Pilotproduktion von neuen Produkten wird am Standort Flensburg etabliert. Danfoss wird zu diesem Zweck in den kommenden 3 Jahren rund 30 Mio. € in den Standort Flensburg investieren. Hierdurch könnten neue Arbeitsplätze in Flensburg geschaffen werden.

4. Wirtschaftsminister Dr. Bernd Rohwer sagt zu, eine Förderung von **Investitionen am Standort Flensburg** im Rahmen der betrieblichen Förderprogramme zu prüfen.
5. Danfoss wird intensiv prüfen, wie das in Flensburg frei werdende Arbeitskräfte-Potenzial auch an anderen Standorten des Danfoss-Konzerns genutzt werden kann. Um Beschäftigungsmöglichkeiten am Hauptsitz in Nordborg (Sønderjylland) zu nutzen, werden sich Danfoss, die Stadt Flensburg und die Landesregierung unter Einbindung der zuständigen Institutionen gemeinsam bemühen, die **Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum „Grenzpendeln“** durch Information und praktikable Lösungen oder zusätzliche Anreize zu unterstützen.
6. Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner will angesichts wiederholter Arbeitsplatzverluste eine **wirtschaftliche Zukunftsstrategie bzw. Neupositionierung für Flensburg** entwickeln. Hierzu ruft er die „**Flensburger Zukunftsrunde**“ ein, welche durch Einbindung unterschiedlicher Interessensgruppen die vorhandenen Kenntnisse und Kompetenzen bündeln und eine breite Akzeptanz für die zukünftige Strategie schaffen soll. Wirtschaftsminister Dr. Bernd Rohwer sichert Unterstützung dieses Prozesses zu.
7. Wirtschaftsminister Dr. Bernd Rohwer sagt zu, die **Entwicklung des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Flensburg** wirtschaftspolitisch zu flankieren. Insbesondere ist die Landesregierung bereit, infrastrukturelle Maßnahmen, die diese Entwicklung nachhaltig fördern, zu unterstützen. Die jüngsten Förderungen der Kompetenzzentren für mobile Kommunikation und für Wissenschaft und Arbeit, in denen Wirtschaft und Hochschulen Hand in Hand arbeiten, stellen diese Bereitschaft unter Beweis und sind gleichzeitig ein Symbol für eine wirtschaftliche Aufbruchstimmung in Flensburg. Für die in Vorbereitung befindlichen Kultur- und Tourismusprojekte („Touristische Perlenkette“ mit Phänomena, Historischer Hafen und Kreuzfahrtanleger Harniskai), die die regionale Wirtschaft in Flensburg weiter stärken werden, hat die Landesregierung eine Förderung zugesagt.
8. Ein wesentlicher Schlüssel für die wirtschaftliche Zukunft der Region ist nach Überzeugung der Unterzeichner dieser Erklärung die **Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**. Ziel ist die Umsetzung einer langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie für die Region Flensburg / Schleswig / Sønderjylland. Hierfür sollen gemeinsam mit den Akteuren in der Region kurzfristig Maßnahmen ergriffen und konkrete Ergebnisse erzielt werden. Im Mittelpunkt steht zuerst die Stärkung wirtschaftlicher Schwerpunktbereiche (Cluster), die für den regionalen Industriestandort wichtig sind, wie zum Beispiel Kälte- und Regelungstechnik, Ausbildung von Mechatronikern oder Bereiche der Nahrungsmittelindustrie.

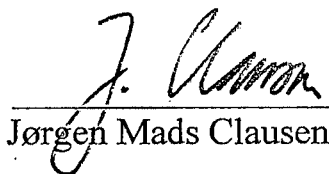
Die in der Region bestehenden Kompetenzfelder sollen insbesondere in Zusammenarbeit mit den Hochschulen weiter entwickelt werden.

9. Über die weiteren Schritte wird sich kurzfristig eine **deutsch-dänische „Task Force“** aus ca. 12 Personen verständigen. Der Task Force sollen u.a. angehören der Oberbürgermeister von Flensburg, der Amtsborgmester von Sønderjylland, der Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, der IHK-Hauptgeschäftsführer, die Rektoren der Flensburger Hochschulen und der Syddansk Universitet sowie Unternehmerpersönlichkeiten. Jørgen Mads Clausen sagt die Danfoss-Teilnahme an der Task Force zu. Die deutsch-dänische Task Force wird im März/April 2005 auf Einladung von Oberbürgermeister Tscheuschner zu einer Sitzung zusammen kommen.
10. Jørgen Mads Clausen, der Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins und der Oberbürgermeister Flensburgs werden sich jeweils gegenseitig und unverzüglich über wichtige Entwicklungen und Erkenntnisse informieren.

Flensburg, den 2. Februar 2005



Klaus Tscheuschner



Jørgen Mads Clausen



Dr. Bernd Rohwer